An American Newspaper which stands for American ideals and principles —published in the German language for American citizens who read German

Tägliche Omaha Tribüne

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLESON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang. Omaha, Neb., Montag, den 10. März 1919. 4 Seiten.—Nr. 809.

Streiker erhalten große Zugeständnisse

Radikale sind damit aber nicht zufrieden und verlangen Herrschaft der Soviets; viele Opfer bei den Barrikadenkämpfen

Republikanische Garden gingen zu Rebellen über

Berlin, 9. März. (Von Frank J. Taylor, Korrespondent der United Preß; verzögert.) — Trotz der Beilegung des Streiks wurden gestern abend in verschiedenen Stadtteilen die Kämpfe dennoch fortgesetzt. Eine starke Minorität beschuldigt die Führer des Streiks des Verrats und daß sie der Regierung in die Hände gespielt habe. Diese Leute verlangen, daß das gegenwärtige Kabinett gestürzt und das Land von den Soviets kontrolliert werde. Offenbar betreiben sie ihre Propaganda mit russischem Gelde.

Arbeiterführer versuchen jetzt, die politischen Forderungen vom Terrorismus der Spartaker zu trennen, mit welchem das radikale Element der Arbeiter eng verbunden ist.

Matrosen und Soldaten der republikanischen Garden traten für die Sache der Arbeiter ein und brachen mit der Regierung. Letztere konnte sich auf die Unterstützung dieser Garden niemals verlassen und man verwendete sie am letzten Sonntag, dazu, in der Gegend des Alexanderplatz Wachdienst zu tun. Inzwischen hatte die Regierung Truppen nach Berlin berufen, auf deren Treue sie bauen konnte. Dieser Umstand verursachte bei den republikanischen Garden Eifersucht und feindselige Gefühle. Die Truppen wurden von ihnen angerempelt und man machte hie und da von den Schußwaffen Gebrauch. Dieses war für die 6000 Garden das Signal zum Ausbruch offener Feindseligkeiten. Viele Gebäude im Hauptgeschäftsteil der Stadt wurden bei dem sich entwickelnden Kampfe zerstört, und der Verlust an Menschenleben war wohl der schwerste, der bisher bei der Revolution in Berlin zu verzeichnen gewesen ist. Es wird unoffiziell gemeldet, daß 500 Personen getötet und 1000 verwundet wurden.

Die eiserne Hand des Kriegsministers Noske war es, welche die Streikführer veranlaßte, den von der Regierung angebotenen Kompromiß anzunehmen, weil sie Terrorismus seitens der Radikalen, die von ihnen nicht zum Streik aufgefordert wurden, befürchteten. Sie glaubten, daß die Regierung im Notfalle eine militärische Diktatur einführen würde, und dieses wollten sie vermeiden.

Die Spartaker unter den Arbeitern indessen weigerten sich, die Autorität der mehr konservativen Führer anzuerkennen. Sie verlangten, daß die Soviets die Zügel der Regierung ergreifen sollten und scheinen entschlossen zu sein, so lange zu kämpfen, bis sie ihr Vorhaben bewerkstelligt haben, oder sie werden vollständig unterdrückt.

Während nun die Radikalen eine neue Revolution vorbereiten, erwartet das Volk, das entmutigt ist, eine neue Kalamität. Man sagt sich, daß die vorhandenen Nahrungsmittel nur noch bis Mai vorhalten und daß jeder dem Hungertode preisgegeben ist, wenn nicht bald Friede gemacht und die Blockade gehoben wird. Berlin scheint dem Bolschewismus verfallen zu sein, wenn die Weimar Nationalversammlung nicht durch die Alliierten Unterstützung erhält.

1000 Opfer der Barrikadenkämpfe.

London, 10. März. — Den Berechnungen des Berliner Wolff Bureaus zufolge sind bei den Berliner Barrikadenkämpfen der letzten Woche 1000 Personen gefallen oder verwundet worden.

In Leipzig ist der Frankfurter Zeitung gemäß die Ordnung wieder hergestellt und der Streik beigelegt worden. Die Behörden sind entschlossen, von jetzt ab gegen alle Faullenzer scharf vorzugehen und dafür zu sorgen, daß die Ruhe und Ordnung unter allen Umständen aufrecht erhalten wird.

Bedingungen der Soldaten-Arbeiterräte.

Berlin, 10. März. — Die Bedingungen, unter welchen der Soldaten-Arbeiterrat Groß-Berlins sich bereit erklärte, auf die Vorschläge des Vollziehungsausschusses der Berliner Handwerkerverbände einzugehen. Unter anderem wurde verlangt, die Regimenter Freiwilliger aus Berlin zu entfernen und alle Personen, die während des Streiks verhaftet wurden, freizulassen. Die Arbeiter-Soldatenräte werden von den Radikalen beherrscht.

Weimar, 10. März. — Die Arbeiterräte werden durch ein sofort von der Nationalversammlung anzunehmendes Gesetz Rechte und Ansehen erlangen. Dadurch hofft man, in Zukunft alle Streiks zu vermeiden. Die Arbeiterräte sollen die wirtschaftlichen Vertreter der Arbeiterschaft des Landes bilden. Jede Industrie wird ihren Industrierat haben, der in allen Fällen über Arbeiterverhältnisse befragt werden soll und Produktion und Arbeitseinteilung zu überwachen hat. Doch sollen diese Hand in Hand mit den Arbeitgebern gehen. Das Land ist in Distrikte einzuteilen, von welchem jeder einen Arbeiterrat hat; ein Zentralarbeiterrat ist über das ganze Reich eingesetzt. Alle wirtschaftlichen und sozialen Gesetze sind demselben zur Begutachtung zu unterbreiten und derartige Gesetze in Vorschlag zu bringen.

Deutsche Gefangene in Frankreich

Paris, 10. März. — Ueber eine halbe Million deutsche Kriegsgefangene sind noch in Frankreich, und viele Franzosen fordern, daß sie zeitlebens als Entschädigung für den Krieg einbehalten werden sollen. Die Leute werden mit öffentlichen Arbeiten beschäftigt. Die Friedenskonferenz hat sich jetzt mit ihrem Schicksal, ihrer von der deutschen Regierung geforderten Freilassung zu beschäftigen.

Zweck und Mittel.

Paris, 10. März. — Die Ausweisung so vieler deutscher Reichsangehöriger aus den ehemaligen Reichslanden wird auf den Wunsch der französischen Regierung zurückgeführt bei einer etwaigen Volksabstimmung über das Schicksal des Landes eine Mehrheit zu Gunsten Frankreichs zu erzielen.

Deutsches Volks muß ernährt werden

Paris, 10. März. — Stephan Pichon, französischer Minister des Auswärtigen, betonte in seiner Unterredung mit den Zeitungs-Korrespondenten die Notwendigkeit der Versorgung von Deutschland mit Nahrungsmitteln bis zur Ernte. Der Hunger, dem Deutschland jetzt gegenüber steht, ist ein schlechter Ratgeber, sagte er. Die Menschlichkeit gebietet, daß der Oberste Rat der Alliierten das deutsche Volk sofort mit Nahrungsmitteln versieht. Deutschland soll nicht allein die nötige Nahrung, es soll auch Kredit erhalten, doch muß es auch die Bedingungen des Waffenstillstandes vom Monat Januar erfüllen.

Protest gegen deutsche Opernaufführungen

New York, 10. März. — Es wurde bekannt, daß die American Defense Society beim Gouverneur Smith wegen der heute Abend beabsichtigen Aufführung einer deutschen Oper im Lexington Theater protestiert hat. Es wird von den Protestanten geltend gemacht, daß sich die Ver. Staaten immer noch im Kriege befinden, und der amerikanischen Sache wird dadurch großer Schaden verursacht, daß in diesem Lande in systematischer Weise Propaganda für die Verherrlichung Deutschlands und deutscher Ideale gemacht wird. Ohne Zweifel hat die deutsche Regierung dabei ihre Hand im Spiele gehabt. Der War Camp Community Service versucht sein Bestes, Soldaten und Matrosen daran zu verhindern, ihre Drohung, das Theater zu zerstören, auszuführen. Es heißt, daß ein starker Polizeikordon das Opernhaus umgeben wird.

Die Eröffnung der National-Versammlung

Die ersten Postberichte über die historischen Vorgänge in Weimar. — Ilm-Athen erlebt seinen großen Tag. — Präsident Eberts Rede. — Die Aufgaben der Versammlung.

(Aus dem Berner Bund.)

Ein großer Tag für das neue Deutschland! Denn heute wird in Weimar die Nationalversammlung zusammentreten, um die Grundlagen des Reichs zu schaffen. Schon vor den Abgeordneten machten sich in einzelnen Gruppen bewaffnete Spartakisten auf den Weg nach Weimar, mit der Absicht, die Nationalversammlung mit Gewalt zu stören. Das wird ihnen ebensowenig gelingen, als sie imstande waren, die Wahlen zu hintertreiben. Weimar ist mit Militär versheren und wird die Sendboten der Nation zu schützen wissen. Die Parteiführer sind früher in Weimar eingetroffen, um insbesondere über die Personenfragen betreffend die Präsidentschaft der Versammlung und des Reichs, und über die Zusammensetzung der Regierung zu beraten. Für die Verist mit Militär versehen und wird die Sozialdemokratie, als die stärkste Partei, die Präsidenten stellen, oder es einigen sich die bürgerlichen Parteien als absolute Mehrheit auf eine Persönlichkeit. Die Regierung dürfte aus den Linksparteien als Koalitionsministerium bestellt werden.

Die Aufgaben.

Die Novemberrevolution hat den alten deutschen Obrigkeitsstaat geschlagen. Das Volk nahm die öffentliche Gewalt an sich. Ihr Träger war der „Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte", in dessen Namen der „Rat der Volksbeauftragten" die Regierung ausübte. Es handelte sich hier selbstverständlich nur um provisorische Einrichtungen, die auf die Dauer nicht bestehen bleiben konnten, da ihnen die staatsrechtlichen Grundlagen fehlten. Diese sollen nun von der Nationalversammlung in Weimar geschaffen werden. Ihre Hauptaufgabe wird sein, das bisherige Vakuum auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts zu beseitigen und dem Deutschen Reich eine Verfassung zu geben. Am 6. Februar geht also das Revolutionsprovisorium zu Ende: Zentralrat und Volksbeauftragte übertragen ihre Rechte an die Nationalversammlung. Da diese aber nur eine gesetzgebende und keine ausübende Körperschaft ist, so würde das eine Vakuum nur durch ein anderes abgeklärt werden, das heißt, es wäre kein Organ der Staatsgewalt da, um die Beschlüsse der Volksvertreter durchzuführen. Da die Nationalversammlung außerdem mehrere Monate brauchen wird, bis sie ihr schweres Werk abgeschlossen hat, Deutschland aber in der Zwischenzeit auch regiert werden muß, so hatten die gegenwärtigen Vertreter der Staatsgewalt die Verpflichtung, für dieses Interregnum einen Ersatz zu schaffen. Sie taten es mit dem am 29. Januar veröffentlichten „Gesetz über die Reichsgewalt".

Es handelt sich also nicht um die Reichsverfassung selbst — diese wird ja erst von der Nationalversammlung geschaffen werden, wozu ihr ein vom Staatssekretär Preuß ausgearbeiteter Entwurf als Grundlage dienen kann—sondern nur um ein provisorisches Notgesetz. Es ist von einer zu diesem Zweck berufenen bundesstaatlichen Kommission entworfen und von dem gegenwärtigen Kabinett überprüft worden. Der Zentralrat, der ebenfalls dazu Stellung zu nehmen hat, war mit seiner Beratung noch nicht zu Ende, als das Gesetz veröffentlicht wurde. Dadurch wird der provisorische Charakter des Entwurfs noch erhöht.

Der große Tag.

Weimar, 6. Feb.—Weimar trägt heute zu Ehren der bevorstehenden Eröffnung derNationalversammlung reichen Fahnenschmuck. Der Tag wurde durch Gottesdienst eingeleitet. Sodann folgten interfraktionelle Besprechungen, in denen dem Einvernehmen nach auch die künftige Zusammensetzung der Reichsregierung zur Sprache gelangte.

Schon vor 2 Uhr beginnt die Ansammlung der Bevölkerung vor dem Nationaltheater, um die Ankunft der Abgeordneten zu erwarten. Vor dem Hause war eine Ehrenkompagnie aufgestellt. Im übrigen waren keine Absperrungsmaßregeln getroffen worden. In der dritten Stunde treffen die Abgeordneten ein. Um mittags war die Ankunft von 400 Abgeordneten angemeldet, so daß die Versammlung schon ziemlich vollständig beieinander ist. Auch die Presse ist stark vertreten. Das Nationaltheater selbst ist entsprechend geschmückt. Die Estrade trägt vor dem Platze des Präsidenten reichen Flaggenschmuck, ebenso die Sitze der Reichsleitung und der Vertreter der Einzelstaaten.

Eröffnungsansprache Eberts.

3¼ Uhr eröffnet Volksbeauftragter Ebert die Sitzung der deutschen Nationalversammlung mit einer Ansprache, in der er unter anderem sagte. Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution. Sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. Die Regierung begrüßt in dieser Versammlung den höchsten und einzigen Souverän in Deutschland. Mit den alten Königen und Fürsten von Gottesgnaden ist es für alle Zeiten vorbei. (Lebhafter Beifall links, Zischen rechts, Zwischen rufe: abwarten.)

Diese Nationalversammlung hat eine große Regierungsmehrheit. Das deutsche Volk ist frei, will den Frieden und regiert für alle Zukunft sich selbst. Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. Es war die kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. Nach dem Zusammenbrug unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verkehrte Politik der alten Gewalten und der leichtsinnige Uebermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben. Sie ist auch nicht verantwortlich für unsere schwere Lebensmittelnot. Aber nicht nur uns, nein, auch unsere Gegner hat der Krieg erschöpft. Aus dem Umstand der Erschöpfung unserer Gegner wird der Ausbeutungsgedanke in das Friedenswerk hinübergetragen. Diese Rache und Gewaltspläne fordern den schwersten Widerspruch heraus. (Allseitige Zustimmung.)

Wer trägt die Schuld?

Angesichts des Elends, das über uns hereingebrochen ist, erscheint die Schuldfrage nahezu gering. Gleichwohl ist das deutsche Volk fest entschlossen, alle zur Verantwortung zu ziehen, denen ein absichtliches Verschulden oder eine absichtliche Niedertracht nachgewiesen werden kann. Weshalb haben nach ihrem eigenen Zeugnis unsere Gegner gekämpft? Unseren Kaiserismus zu vernichten! Es gibt ihn nicht mehr, er ist für immer erledigt. Sie haben kämpfen müssen, um den Militarismus zu zerstören. Es ist in Trümmer gebrochen und wird nicht mehr auferstehen. Die Waffenstillstandsbedingungen aber sind unerhört hart gewesen und schamlos durchgeführt worden. Wir warnen die Gegner, uns nicht zum äußersten zu treiben. Wie General von Winterfeld könnte eines Tages jede deutsche Regierung gezwungen sein, auf die weitere Mitwirkung bei Friedensverhandlungen zu verzichten und dem Gegner die ganze Last der Verantwortung für die Neugestaltung der Welt zuzuschieben. Man stelle uns nicht vor die verhängnisvolle Wahl zwischen Schmach und Weigerung. Auch eine sozialdemokratische Volksregierung, und gerade diese, muß auch wählen können zwischen allerschlimmsten Entbehrungen oder Entbehrung. (Lebhafte Zustimmung.) Im Vertrauen auf die Grundsätze des Präsidenten Wilson hat Deutschland die Waffen niedergelegt. Jetzt warten wir auf den Wilsonfrieden, auf den wir Anspruch haben.

Zischen und Beifall, als Taft Irland erwähnt

New York, 10. März. — Ex-Präsident Tafts Aeußerung, daß die irländische Frage auf der Friedenskonferenz nicht zum Austrage gebracht werden sollte, wurde von seinen Zuhörern in der Kirche der Ascession, während der wöchentlichen Forum-Sitzung, mit Zischen und mit Beifall begrüßt.

Herr Taft hatte von den „kleinen Nationen" gesprochen, als eine Stimme aus dem Hintergrunde ertönte: „Und Irland?" Seine Antwort war: Nein! Ich halte es nicht für dienlich für den Präsidenten, auf der Konferenz innere oder internationale Fragen einzuführen. Wir müssen immer nur ein Ding tun.

Amerikaner in London Aufruhr verhaftet

London, 10. März. — Ein Krawall am Strand, an dem Amerikaner und Australier beteiligt waren, hatte zur Folge, daß verschiedene Amerikaner verletzt und andere arretiert wurden.

Es soll von einem „Crop game" hergerührt haben, das die Polizei unterbrach. Die Spieler selbst sollen entkommen sein. Als ein Haufen zur Polizeistation sich begab, die Verhafteten zu befreien, versuchte die Polizei den Auflauf zu zerstreuen und gebrauchte seine Polizeiknüppel. Dadurch wurden die Verletzungen herbeigeführt.

Man gibt der Polizei sowohl wie den Soldaten die Schuld, der ersteren, weil sie zu weit gegangen, den Soldaten, weil sie die Sache in ihre eigenen Hände genommen.

Amer. Handelsschiffe in allen Meeren

Washington, 10. März. — Seit langer Zeit zum ersten Male wieder fliegen die Sterne und Streifen von den Masten von Handelsschiffen in allen Weltmeeren.

Der Schiffahrts-Ausschuß macht bekannt, daß die amerikanische Handelsmarine, vom Kriege wieder ins Leben gerufen, ein Fünftel der Handelsmarinen der ganzen Welt repräsentiert und 46 Prozent aller Schiffe, die in amerikanischen Seehäfen aus- und einlaufen, während es vor dem Kriege nur 9.7 Prozent waren. Unsere Schiffe finden sich in China, Australien, Neu Seeland, Indien, Ostindien, an der Westküste Afrikas und in den Häfen des Mittelländischen Meeres; sie machen regelmäßige Fahrten nach Südamerika, Großbritannien, dem europäischen Festlande, Kanada und Mexiko.

Die Handelsflotte mißt 1,961,239 Brutto Tonnen, von denen 315,925 auf den transatlantischen Handel fallen.

Botschafter Francis über russische Zustände

Washington, 10. März.—David R. Francis, der als amerikanischer Botschafter im Jahre 1916 nach Rußland ging, vor dem Zusammenbruche des Zarentums, und der dort verblieb bis nach Ergreifung der Zügel der Regierung durch die Bolschewiki, stellte es vor dem Senatsausschuß, der sich mit der Bolschewiki-Propaganda und dem Stand der Dinge in Rußland befaßt als unvermeidlich hin, daß nach Ablauf von 10 Jahren ganz Rußland in den Händen der Deutschen sei, wenn die Bolschewiki am Ruder verbleiben. Deutschland wäre dann der wirkliche Sieger in dem Kriege; und dieses nicht allein, Deutschland würde dann stärker sein als im Jahre 1914.

Botschafter Francis führte dem Ausschuß dann vor Augen, daß ein gründliches, vorurteilsfreies Studium der russischen Verhältnisse ihm die Ueberzeugung beigebracht habe, daß, wenn die Bolschewiki in Rußland das Heft in den Händen behalten sollten, der Friede ein Ding der Unmöglichkeit sei, sowohl in Europa wie in der ganzen Welt. Er fügte hinzu, daß bereits jetzt deutsche und österreichische Offiziere die Bolschewiki-Armee in Nord-Rußland anführen; Deutschland fasse immer mehr Fuß in Rußland, in industrieller sowohl wie auch in anderer Beziehung.

Francis führte des weiteren aus, ihm sei die Kunde geworden, daß Raymond Robin, ehemaliges Haupt der amerikanischen Rotes Kreuz-Kommission, bei seiner Rückkehr nach den Vereinigten Staaten einen Vorschlag der Bolschewiki-Regierung an Präsident Wilson mit sich führte. Dieser Vorschlag soll manche Zugeständnisse umfaßt haben, ähnlich denen, die Deutschland auf dem Friedenskongreß in Brest-Litowsk gemacht wurden.

Streik in Seattle formell zu Ende

Seattle, Wash., 10. März.—Der Streik der Arbeiter der Schiffswerfte in Seattle, Tacoma und Aberdeen, der am 21. Januar begonnen hatte, wurde gestern abend von den Streikleitern formell beendigt erklärt. Die Streiker werden Dienstag die Arbeit wieder aufnehmen. Löhne und sonstige Arbeitsbedingungen bleiben dieselben, wie sie vor dem Streike gewesen waren.

Nahrungsmittel für Deutschland

Alliierte werden bis zur Ernte aushelfen; wie dieselben bezahlt werden sollen; Handelsschiffe sind auszuliefern

Deutsche Kabel vielleicht ebenfalls Kriegsbeute

Paris, 10. März. — Der Oberste Kriegsrat hat Pläne gefaßt, wonach die Verhandlungen betreffs der Uebernahme der deutschen Handelsflotte durch die Alliierten in Brüssel fortgesetzt werden sollen. Es heißt, daß in dem Plane vorgesehen ist, Deutschland Nahrungsmittel bis zur Zeit der nächsten Ernte zuzuführen, u. als Entgelt sind die Schiffe auszuliefern. Die Nahrungsmittel müssen bezahlt werden, und man hat hierfür drei Bezugsquellen, nämlich den Erlös für deutsche Kohle und Pottasche; Kredite, die Deutschland bei neutralen Ländern erhält; ausländische Sicherheiten, die Deutschland in Händen hat. Es wird erwartet, daß man hieraus $500,000,000 erwerben wird, genug, um Deutschland bis zur nächsten Ernte durchzuhelfen. Ein von George Lloyd George vorgelesener von einem britischen General an ihn gerichteter Brief, der über die Notlage in Deutschland handelt, hat die Mitglieder des Obersten Kriegsrats zur Annahme dieses Planes veranlaßt. Es wurde ferner geltend gemacht, daß britische Soldaten auf deutschem Gebiet protestiert hätten, weil Frauen und Kinder dort Hungers sterben. Es heißt, daß Marschall Foch der Brüssel Konferenz nicht beiwohnen wird.

Der Oberste Kriegsrat hat eine Kommission zur Untersuchung der vom Staatssekretär Lansing angeregten Frage betreffs der deutschen Kabel ernannt Dem „Temps" zufolge soll die Kommission darüber entscheiden, ob die Kabel auch als Kriegsbeute behandelt werden können und, wenn so, wie sie verteilt oder wem sie zugesprochen werden sollen. Auch soll die Kommission die Kontrakte prüfen, unter welchen dieselben gelegt wurden und feststellen, ob und bis zu welchem Grade dieselben noch Giltigkeit haben.

Zwischen England und Frankreich sind Meinungsverschiedenheiten bezüglich der von Deutschland zu fordernden Entschädigungen ausgebrochen. Die Engländer sind der Ansicht, daß die deutsche Industrie wieder auf eine hohe Stufe gebracht werden muß, daß Deutschland so schnell wie möglich Nahrungsmittel und Rohmaterialien erhalten muß, ja selbst Kredit, wenn ihm möglich gemacht werden soll, die verlangte Entschädigung zu zahlen.

Frankreich trägt hingegen Bedenken. Es ist der Ansicht, daß Deutschland nicht den Vorrang vor Belgien und Frankreich erhalten sollte, sondern deren Industrien sollten Schritt halten können mit denen Deutschlands. Die Franzosen befürchten, daß Deutschland sich sonst den Weltmarkt wieder erobern werde.

Die amerikanischen Kommissäre haben sich endlich dazu entschlossen, sich in diesem Konflikt auf die Seite Englands zu stellen.

Bahnunglück in der Nähe von Toledo

Toledo, Ohio, 10. März.—Viele Personen sollen verletzt worden sein, als ein Toledo, Bowling Green und Southern Straßenbahnwagen mit einem Zuge der Clover Leaf Bahn in Maumee, 9 Meilen südlich von hier am frühen Morgen zusammenstieß. Alle Toledoer Ambulanzen wurden requiriert.

Volle Abrüstung der deutschen Armee

Koblenz, 10. März.—Die deutsche Militärkommission zu Koblenz hat das Hauptquartier der dritten amerikanischen Armee in Kenntnis gesetzt, daß es eine Botschaft von Berlin erhalten habe, wonach die Klassen vom Jahre 1899 die einzigen Truppen seien, deren Mannschaften und Offiziere noch nicht ausgemustert sind. Mit der Entlassung dieser Mannschaft, die freiwillig auf lange Dauer oder lebenslänglich angeworben waren, hat die deutsche Armee aufgehört zu existieren. Ausgenommen hiervon sind etliche Truppeneinheiten an der Ostfront. Nach Ansicht der amerikanischen Offiziere werden dieselben entweder aufgelöst, oder der freiwilligen Armee eingereiht wrden.

Gewerkschaftler warnen Konferenz

Paris, 10. März.—Der Vorstand des nationalen Gewerkschaftsverbandes hat unter Anführung von Sätzen aus Präsident Wilsons Rede in New York hinsichtlich der Unrast der Völker Europas einen Beschluß gefaßt, der sich gegen jede Gutheißung von Grenzen richtet, welche von dem Wunsche der Eroberung ausgeht, und der sich gegen die bewaffnete Einmischung in Rußland richtet. Der Beschluß lehnt jeder Verantwortung für „soziale Ereignisse" ab, welche eintreten mögen, falls die französischen Bevollmächtigten in der Friedenskonferenz systematisch die Bestrebungen der Volksmassen und die Wünsche der Arbeiterklassen mißachten, die im Großen und Ganzen die der Menschlichkeit sind.

Korea erklärt seine Unabhängigkeit

San Francisco, 10. März. — Korea hat, wie die hiesige koreanische Nationalversammlung erfährt, am Sonntag, den 1. März, seine Unabhängigkeit von Japan erklärt.

Man erwartet, daß die Friedenskonferenz, diese Unabhängigkeit anzuerkennen, ersucht werden wird.

Präsident Wilson leidet an Erkältung

An Bord des U. S. S. George Washington, 10. März. (Von Carl Groat.) — Präsident Wilson hat sich heute eine leichte Erkältung zugezogen. Heute erhielt er aus Paris eine Menge drahtloser Depeschen, die über den Gang der Friedensverhandlungen berichteten. Herr Wilson studierte dieselben sorgfältig. Es wurde heute bekannt gegeben, daß sich der Präsident von Brest direkt nach Paris begeben und sich dort sofort mit Staatssekretär Lansing und den anderen amerikanischen Delegaten in Verbindung setzen würde. Personen, die dem Präsidenten nahe stehen, erklären, daß er nicht in radikale Aenderungen der Konstitution der Völkerliga willigen werde.

Ehescheidungsgesetz in Italien abgelehnt

Rom, 10. März. — Ein Amendement zu der Maßregel, wonach das gesetzliche Recht der Frau festgestellt wird und die eine Ehescheidung vorsieht, wurde in der Deputierten kammer mit großer Mehrheit abgelehnt.

Bahnzüge in Kollision.

Toledo, O., 10. März. — Zwei Eisenbahnzüge stießen heute früh in der Nähe der Stadt zusammen; es heißt, daß 35 Personen verletzt wurden.

Wetterbericht.

Für Omaha und Umgegend — Schön heute abend und Dienstag. Steigende Temperatur Dienstag.

Für Nebraska—Schön heute abend und Dienstag. Wärmer Dienstag, und im westlichen Teile heute abend.

Für Iowa—Schön heute abend und Dienstag; etwas kälter heute abend im östlichen und zentralen Teile; steigende Temperatur am Dienstag.

Wir sind stolz auf unsern Kriegsrekord und wir werden unsre Aufgaben erfüllen. Eine davon heißt: „Bezahle Deine Einkommensteuer."